

BVerfG: Heimliche Vaterschaftstest bleiben vor Gericht unverwertbar. Gesetzgeber muss aber bis zum 31.03.2008 eine vereinfachte gesetzliche Regelung erlassen.

Dies sind die beiden Schlagzeilen zum Urteil des BVerfG vom 13.02.2007 (AZ: 1 BvR 421/05) dem folgender Sachverhalt zugrunde lag:

Der Kläger und dessen Lebensgefährtin hatten eine Tochter bei der er anfänglich keinerlei Zweifel an seiner Abstammung hatte. Die Vaterschaft hatte er anerkannt. Als das Kind zwei Jahre alt war kam es zur Trennung. Nach einiger Zeit hatte eine medizinische Untersuchung ergeben, dass der Kläger zu 90 % zeugungsunfähig ist. Die Lebensgefährtin wurde daraufhin zur Rede gestellt, diese machte jedoch keinerlei Angaben zu dem Vorwurf der Scheinvaterschaft. Der Kläger ließ daraufhin heimlich, dh. ohne Zustimmung der Mutter des Kindes, einen Abstammungstest durchführen. Bei seriösen Unternehmen ist ein solcher DNA-Test für unter 200 € zu haben. Das Ergebnis war eindeutig, die Vaterschaft konnte ausgeschlossen werden.

Aufgrund der Ergebnisse der DNA-Analyse leitete der Kläger ein Vaterschaftsanfechtungsverfahren ein. Alle Instanzen – AG Hildesheim, OLG Celle, Bundesgerichtshof – lehnten die Verwertung des heimlich durchgeführten Test mit der Begründung ab, ein solcher Test verstoße gegen das informationelle Selbstbestimmungsrecht des Kindes. Die Verwendung vor Gericht würde einen erneuten Verstoß gegen das Persönlichkeitsrecht des Kindes bedeuten.

Das BVerfG hat nun diese Rechtsprechung höchstrichterlich bestätigt. Das Gericht musste eine Grundrechtskollision lösen: Einerseits das informationelle Selbstbestimmungsrecht des Kindes, andererseits das Recht des Vaters auf Kenntnis der Abstammung des Kindes.

Das Urteil wird beiden Seiten gerecht. Heimlich entnommene Daten des Kindes (etwa ein gebrauchter Schnuller, gekautes Kaugummi, Haare, Abstrich des Mundraums mit einem Wattestäbchen), die für einen DNA-Abstammungstest entnommen werden, sind und bleiben vor Gericht unverwertbar.

Die Hürden für ein Verfahren vor Gericht, bei dem der Vater seine Vaterschaft anzweifelt, müssen aber bis zum 31.03.2008 vom Gesetzgeber neu geregelt werden.

Die Voraussetzungen für ein Anfechtungsverfahren der Vaterschaft sind nach geltendem Recht und nach den Vorgaben der Rechtsprechung sehr hoch. So reichen „laienhafte Ähnlichkeitsvergleiche“, anonyme Hinweise, der Umstand, dass die Frau zur Empfängniszeit mit einem anderen Mann im Urlaub war für einen Anfangsverdacht nicht aus. Im konkreten Fall hat das OLG Celle sogar das ärztliche Gutachten in dem die Vaterschaft zu 90 % ausgeschlossen wurde, als nicht ausreichend angesehen.

Nach dem Karlsruher Urteil haben die Männer jedoch auch das Recht zu erfahren, ob sie der biologische Vater ihrer Kinder sind. Künftig müssen Zweifel an der Vaterschaft ausreichen, um ein Verfahren einleiten zu können. An dessen Ende darf aber nicht wie bislang in Vaterschaftsanfechtungsverfahren die zwingende rechtliche Trennung vom Kind stehen. Nach jetzigem Recht verlieren bei der erfolgreichen Anfechtung der Vaterschaft die bisherigen „Väter“ jegliche Rechte an dem Kind. Es steht ihnen kein Umgang mit dem Kind mehr zu und das Sorgerecht besteht nicht mehr. Andererseits entfällt die Unterhaltspflicht gegenüber dem Kind.

Dem Kläger bleibt nur abzuwarten auf die Gesetzesänderungen, um dann im erleichterten Verfahren seine Vaterschaft erfolgreich anzufechten. Nach den Vorgaben des BVerfG stehen die Chancen dann sehr gut.